

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Die Nahrungsmittelwirtschaft im Bezirk Heidelberg (Gemeindeverband Heidelberg-Land)

Wieneke, Hermann

Heidelberg, 1918

Vorwort

urn:nbn:de:bsz:31-39885

VORWORT.

Hat sich bereits jener geniale deutsche Volkswirt Johann Heinrich von Thünen mit der Betrachtung des „isolierten Staates“ befasst, so geschah es doch nur, um an Hand eines stilisierten Gebildes die Gesetze der Wirtschaft zu veranschaulichen. Umgekehrt, der Realität des begrenzten, konkreten Staates und den aus seiner Lage resultierenden Erscheinungen wurde dagegen in der Wissenschaft kaum Rechnung getragen. So musste denn der Weltkrieg hier praktische Ergänzungen bringen und zugleich ungeahnte Tatsachen enthüllen. Deutschland, das sozusagen von aller Welt abgeschlossen war, hatte den Beweis zu liefern, wie sich die Verhältnisse in einem Staate, der fast nur auf seine Eigenwirtschaft angewiesen war, gestalteten.

Erschien zunächst nur eine Störung des wirtschaftlichen Organismus durch den Entzug der Wirtschaftssubjekte, der Arbeitskräfte, und zwar — das können wir wohl behaupten — der qualifiziertesten, bedingt, so erhellte gar bald die rauhe Tatsache selbst, dass es um die ganze Wirtschaftsform geschehen war. Die nationalen Grenzen, die bisher wohl politische Bedeutung hatten, im übrigen lediglich die Membrane

für die wirtschaftliche Osmose der Lebenssäfte der einzelnen Staaten darstellten, wurden zur Scheidewand, gegen die sich mit gleichem Druck die auf Einfuhr harrenden ausländischen Güter und die der Ausfuhr gewärtigen Eigenprodukte pressten. Weltwirtschaft wurde durch ausserökonomische Gewalt zur Nationalwirtschaft modifiziert, ganz abgesehen davon, dass unsere Gegner das wirtschaftliche Moment sogar in der Art ihrer Kriegführung in den Vordergrund stellten. Diese Wandlung konnte sich nicht in gerader Linie vollziehen, wenn wir bedenken, dass die Inanspruchnahme der fremden Wirtschaft, die früher als Luxus gegolten, mit fortschreitender Kultur zur Lebensfrage geworden war, ein Verzicht zugleich einen Schritt nach rückwärts bedeutete.

Vor allem musste unter diesen Umständen die wirtschaftliche Struktur Deutschlands, das seit 1870 mehr und mehr die Bahnen eines Industriestaates eingeschlagen hatte, die Lösung der Ernährungsfrage sehr erschweren, zumal die Viehhaltung infolge Fehlens ausländischer Futtermittel nur auf Kosten der menschlichen Ernährung möglich wurde. Dadurch aber, dass die Schlagfertigkeit des Heeres vor allem aufrecht zu erhalten war, und dementsprechend Mehraufwendungen zu seinen Gunsten notwendig wurden, musste der Mangel an Lebensmitteln jenen in der Heimat Gebliebenen um so fühlbarer werden. Diese Tatsachen hatten aber der ganzen Wirtschaft von vornherein eine bestimmte Richtung zu geben.

Die Rohstofffrage trat in den Vordergrund, also war die Rentabilität der Produktion nur dort zu beachten, wo die Möglichkeit, Rohstoffwerte und Geldwerte gleichzeitig zu schaffen, gegeben war. Mit anderen Worten: die Naturalwirtschaft lebte wieder auf.

Gleichzeitig musste das Verhältnis des Staates zur Wirtschaft eine wesentliche Änderung erfahren. Bildete er bisher zwar einen einflussreichen Faktor in der Volkswirtschaft, der aber die eigentliche Wirtschaft zu ihrer Förderung meist sich selbst überliess, so trat er jetzt, wo es sich um seine Existenz handelte, selbst als Interessent in den Vordergrund. War das Völkerringen ein Kampf, in dem sich Volkskraft mit Volkskraft mass, so hatte der Staat ein Interesse daran, ihre physischen wie moralischen Grundlagen unbedingt zu sichern. Das konnte er aber nur, wenn er dem besonderen Schutze des Einzelindividuums Rechnung trug und seine Existenz durch Sicherstellung der Konsumtion jeglicher Gefahr enthob.

Eine eigenartige Stellung hatte unter diesen Umständen der Handel einzunehmen. In normalen Verhältnissen war er ein unentbehrliches Bindeglied zwischen Produzent und Konsument, gewissermassen der Akkumulator, der bei sinkender Nachfrage den Überschuss der Produktion aufspeicherte, um ihn bei späterem, steigendem Bedarf der Konsumtion zuzuführen. So ausgleichend er also hier wirkte, so entbehrlich musste er nunmehr erscheinen, wo die Nachfrage so gross war, dass ihr nicht voll ent-

sprochen werden konnte. Als Handel im wirtschaftlichen Sinne schied er also aus, er beschränkte sich lediglich auf eine vermittelnde Tätigkeit.

Vor allem war jedoch zu überlegen, ob der Staat von seinem Standpunkte aus einer freien Preisbildung zustimmen konnte. Wohl kaum! Um auch die unteren Klassen und damit die numerisch stärkeren an der Preisbildung teilnehmen zu lassen, hätte es einer wesentlichen Einkommenserhöhung bedurft, die letzten Endes auf den Staat zurückgefallen wäre. Das wäre aber eine Schraube ohne Ende gewesen. Oder aber der Staat hätte sich gezwungen gesehen, auf dem deprimierenden Wege des Almosengebens seine Pflicht diesen Klassen gegenüber zu erfüllen, eine Massregel, die im stärksten Gegensatz zu der Wertung ihrer Kräfte an der Kampffront gestanden hätte. Es blieb ihm also nur übrig, die Preise vorzuschreiben, ja noch mehr, die Rohstoffmenge zu erfassen, um sie gleichmässig zu verteilen.

Die freie Wirtschaft musste also mehr und mehr in eine Verwaltungswirtschaft unter staatlicher Leitung übergehen. Dass es dem Staat in seiner Ernährungspolitik nicht immer geglückt ist, die richtigen Massnahmen zu treffen, ist darauf zurückzuführen, dass im Frieden kein wirtschaftlicher Mobilisationsplan vorlag, der Staat sich eben von einem Versuch zum anderen tasten musste. Wie sich nun die Verhältnisse der Verwaltungswirtschaft im einzelnen gestalten, wie sich andererseits unseres Er-

